



# „Eine patriarchale Weltordnung zerstört die Natur, zerstört Körper und eignet sich Länder an – diese Logik gilt es zu durchbrechen“

Entwicklungszusammenarbeit als Form internationaler Solidarität

Seitdem sie existiert steht die Entwicklungszusammenarbeit in der Kritik. Aktuell gerät sie durch wieder aufkommendes nationales Denken unter Legitimierungzwang. Dabei hat sie ein enormes Potenzial, eine globale Solidarität zwischen Mensch und Natur zu fördern. Amosinternational hat mit Sandra Lassak von Misereor über die Herausforderungen ihrer Arbeit gesprochen. Im Gespräch beschreibt sie, wie eine Entwicklungszusammenarbeit aussehen kann, die ihre Partner im Globalen Süden ernstnimmt, auf welche Weise Allianzen und Netzwerke eine internationale Solidarität fördern und welche Hoffnungen sie für eine Zukunft hat, in der es ein gutes Leben für alle Menschen weltweit gibt.

**Amosinternational:** Wesentlich haben die wohlhabenden Länder des Nordens die Treibhausgasemissionen in der Vergangenheit verursacht. Die Armen im Globalen Süden sind es jedoch, die heute und morgen unter den negativen Folgen dieser Emissionen leiden, ohne maßgeblich dazu beigetragen haben. Wie lässt sich diese Ungerechtigkeit in globaler und auch intergenerationaler Hinsicht lösen?

**Sandra Lassak:** Die Frage nach einer Lösung ist gar nicht so leicht zu beantworten, weil da verschiedene Ebenen mit hineinspielen. Solange wir Wirtschaftswachstum als *das* Paradigma

wirtschaftlichen Agierens verstehen, werden wir die Klimaziele nie erreichen. Wachstum geht nicht einher mit ökologischer Gerechtigkeit, mit Klimaschutz oder Wahrung der Biodiversität. Wirtschaftswachstum als Grundannahme müsste deshalb durchbrochen werden, was in den gegenwärtigen Debatten allerdings nicht geschieht. Bisher geht es nur darum, wirtschaftliches Wachstum zu sichern und mit vermeintlichen Klimazielen zu verbinden; das wird dann „Grünes Wachstum“ oder „Green Deal“ genannt. Wirtschaftswachstum weiter wie bisher – unter Wahrung „ökologischer“ Ziele – zu garantieren ist mei-



Sandra Lassak

nes Erachtens aber nicht möglich. Wir sind leider meilenweit davon entfernt, von einer nicht profitorientierten zu einer Versorgungs-Wirtschaft zu kommen, die gute Lebensbedingungen für alle garantiert, indem sie soziale und ökologische Gerechtigkeit zusammenbringt. Das ist genau das, was die radikale sozial-ökologische Transformation meint: die Infragestellung unserer Prämissen, unserer energetischen Grund-

# Schwerpunktthema

lagen, der politischen Ökonomie kapitalistischer Gesellschaften. Unter den Vorzeichen und Ansätzen des neoliberalen Kapitalismus lassen sich die ökologischen, geologischen und klimatischen Krisenphänomene nicht bearbeiten, geschweige denn lösen. Darüber hinaus gilt es auch, unseren Lebensstil infragezustellen, den wir heute als imperiale Lebensweise bezeichnen. Die Folgekosten unseres Wirtschaftssystems lagern wir bereits über Jahrhunderte hinweg aus. Raubbau, Ausbeutung und Folgekosten haben die Länder des Globalen Südens zu tragen und zu kompensieren. Diese Gedanken sind für mich Grundvoraussetzungen, um überhaupt Alternativen andenken zu können. In der gegenwärtigen Zeit des digitalen Kapitalismus und Kolonialismus, in der wir davon sprechen, Emissionen und Energieverbrauch zu reduzieren, steigt letzterer massiv.

Was den Verbrauch von Rohstoffen angeht: Gerade arme und verwundbare Länder haben weniger Ressourcen und Kapazitäten. Sie sind bereits jetzt schon von klimabedingter Migration betroffen – und werden es auch in Zukunft sein. Welche Hilfen kann es geben, die Belastungen zu schultern? Wie kann ein gutes Leben für alle Menschen weltweit möglich sein?

Wenn es um „Bekämpfung der Fluchtursachen“ geht, sind wir sehr schnell beim Abschottungsdiskurs, nach dem Motto: Wir bekämpfen Fluchtursachen, damit keiner kommt. Das darf nicht unsere Grundannahme sein. Das Recht der Menschen auf Flucht aus elenden Lebensbedingungen, aus lebensfeindlichen klimatischen Situationen, das Recht auf Freizügigkeit muss gewährleistet bleiben. Darüber hinaus müssen Wohlstand, Freiheit und ein gutes Leben für alle Menschen weltweit garantiert werden – mit einer anderen Art und Weise des Wirtschaftens, internationaler Beziehungen und Veränderung unserer Lebensweise. Eine Überwindung der bestehenden Verhältnisse ist notwendig, damit Menschen weltweit gut

leben können. Wir müssen uns mit unserer Verantwortung in der Welt kritisch auseinandersetzen: Wo exportieren wir überall Waffen hin und zerstören Lebensgrundlagen? In den Debatten um alternative Energien taucht das Thema Wasserstoff auf, was in afrikanischen Ländern großflächig Lebensräume zerstört – für unsere vermeintlich grüne Energie. Auch unsere Zusammenarbeit mit autoritären Regierungen ist ein solcher Punkt, ebenso wie unsere massive

 Eine Überwindung der bestehenden Verhältnisse ist notwendig, damit Menschen weltweit gut leben können

Ausbeutung von Rohstoffen weltweit, um unseren Energiehunger zu bedienen. Das erschwert eigene Entwicklungen in Ländern des Globalen Südens hin zu einer Wirtschaft, die klimaschonende Strukturen aufbaut. Das verunmöglichen wir mit der Art und Weise, wie internationale Wirtschafts- und Handelspolitik funktioniert. Deutschland und Europa sind also natürlich in den Fluchtursachen mit verstrickt und müssen diese Verantwortung wahrnehmen. Je gerechter die Welt gestaltet ist, je mehr Orte für gutes Leben es gibt, desto weniger Menschen werden zur Flucht gezwungen. Wir müssen uns für Verteilungsgerechtigkeit und ein solches gutes Leben für alle einsetzen. Weltweit gibt es viele Organisationen, die lokal dafür kämpfen.

Wie kann das gemeinsam gelingen? Es gibt immer noch ein Überlegenheitsgefühl in der westlichen Welt gegenüber Indigenen, gegenüber der Natur, gegenüber Frauen ... Wie kann deutsche Entwicklungszusammenarbeit eben nicht kolonial und paternalistisch auftreten, sondern „Schulter an Schulter“ mit Partnern im Globalen Süden zusammenarbeiten?

Das geht nur, wenn wir an erster Stelle andere als gleichberechtigte Partner und handlungsfähige Subjekte wahr-

nehmen. Wir müssen von dem Bild wegkommen, dass wir die Geber sind. Allerdings bleibt das Verhältnis in dieser asymmetrischen Situation immer ein Dilemma, weil deutsche und europäische Organisationen die finanziell gebundenen Institutionen sind. Sie legen die Spielregeln fest und haben die Entscheidungs- und Geldmacht. Dadurch ist eine faktisch gegebene Ungleichheit da. Wie geht das einher mit Gerechtigkeit, Augenhöhe, Partnerschaftlichkeit, „Schulter an Schulter hin zu einer besseren Welt“? Erste Schritte auf dem Weg dorthin wären, die anderen sprechen und ihre Forderungen aufstellen zu lassen, um einen Diskursraum zu eröffnen, der gleichberechtigte Gespräche ermöglicht, zuhört und auf Forderungen der anderen eingeht. Wir empfinden das als ein Dilemma, da wir natürlich einen solchen Anspruch haben, aber zugleich für die Spielregeln einstehen, an die wir durch die Politik gebunden sind. Bei Misereor versuchen wir erste Schritte einer dekolonialen Zusammenarbeit. Aber was den großen Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit angeht, sind Veränderungen noch schwierig.

Ein möglicher Ansatz ist die Ökofeministische Theologie an der Basis in Lateinamerika. Sie betrachtet das menschliche Leben als eingebunden in den Kosmos und nimmt somit eine holistische Perspektive ein. Sie erkennt Zusammenhänge zwischen der Unterdrückung der Frau und der Ausbeutung der Natur. Der Kampf um Geschlechtergerechtigkeit und sozial-ökologische Transformation sind damit eng verbunden. Was bedeutet das für die Entwicklungszusammenarbeit?

Wenn wir von sozial-ökologischer Transformation sprechen oder uns für ökologische Gerechtigkeit starkmachen, müssen wir die Fragen nach Gendergerechtigkeit, nach Durchsetzung von Frauenrechten und Rechten von Personen der LGBTIQ Community berücksichtigen und uns dafür gleichermaßen einsetzen. Das bedeutet, dass wir keine Hierarchisierung vornehmen, sondern



Wir müssen mit einer machtkritischen Perspektive an Entwicklungszusammenarbeit herangehen und die Unterdrückungskategorien von Kolonialismus, Rassismus, Sexismus und Ausbeutung der Natur zusammen sehen

mit einer machtkritischen Perspektive an Entwicklungszusammenarbeit herangehen und die verschiedenen Unterdrückungskategorien von Kolonialismus, Rassismus, Sexismus und Ausbeutung der Natur zusammen sehen; denn diese stehen alle auf der ideologischen Basis einer patriarchalen Weltordnung, die Natur zerstört, Körper zerstört und sich Länder aneignet. Diese Logik eines patriarchal-kolonial-kapitalistischen Systems gilt es zu durchbrechen. Das können wir nur, wenn wir intersektional die verschiedenen Ebenen der Ausbeutung und Ungerechtigkeit gleichermaßen mitberücksichtigen und den Zusammenhang erkennen.

Die Gesellschaften in Lateinamerika sind patriarchal geprägt. Femizide sind ein großes Problem. Wie fördert deutsche Entwicklungszusammenarbeit Frauenrechte?

Auf staatlicher Seite gibt es seit einigen Jahren eine feministische Außenpolitik, die sich ganz klar für die Durchsetzung von Gleichberechtigung, von Frauenrechten weltweit ausspricht. Sie steht für eine Politik, die eine Frauen- und Gendergerechte Perspektive einnimmt und auf alle Bereiche anwendet. Im Kontext der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit bei Misereor gibt es zahlreiche Projekte, in denen es um die Förderung und Durchsetzung von Frauenrechten, Hilfen für Kleinbäuerinnen, Gendergerechtigkeit und Rechte für LGBTIQ Communities geht. Auch bei den SDGs – die ebenso Teil der Entwicklungszusammenarbeit sind – geht es um Gendergerechtigkeit, genauso bei den UN-Maßnahmenplänen, sie es seit

vielen Jahrzehnten gibt. Leider sehen wir, dass die Gewalt gegenüber Frauen und LGBTQI-Personen weltweit zunimmt. Das steht sicherlich im Zusammenhang mit Rechtsruck, Autoritarismus, Populismus und einem Erstarken des Patriarchats. Auch die massive Förderung fossiler Energien und der Naturraubbau schreiten voran. Darüber hinaus gibt es eine Bewegung von Masculinisten. Das ist wie ein Aufbäumen des Patriarchats.

Gerade Frauen sind aber wichtige Akteurinnen, wenn es darum geht, gegen Raubbau an der Natur und Verletzung von Lebensgrundlagen vorzugehen. Wie können diese Erfahrungen von Frauen in unterschiedlichen Ländern zusammengebracht werden, damit sie sich für gemeinsame Anliegen einsetzen können?

Jede Form von internationaler Vernetzung wird immer wichtiger. Zivilgesellschaftliche Gruppierungen und Frauenorganisationen, die sich für den Schutz der Natur einsetzen, müssen wir zusammenbringen, damit sie gemeinsam eine stärkere Stimme werden können. Auf staatliche Allianzen können wir dagegen im Moment nicht setzen; deshalb sind solche Bündnisse umso wichtiger, um zusammen wirkmächtiger zu werden. Gerade in Zeiten massiver Entsolidarisierung ist es entscheidend, internationale Solidarität auch und gerade von Frauen zu stärken. Ähnlichkeiten zwischen Lebensverhältnissen – wie die Zunahme an Gewalt weltweit sowie andere globale Entwicklungen – lassen eine gemeinsame Stimme notwendig werden. In Ansätzen gibt es das schon, beispielsweise in der 2015 in Lateinamerika gegründeten Ni-una-menos-Bewegung, die auch hierzulande aufgegriffen wurde; darüber hinaus denke ich an die 8.-März-Bewegung oder den Frauenstreik. Entscheidend ist, solidarische Allianzen zu stärken in Zeiten immer schwächer werdender und nationalistisch verengter Solidaritäten. Wir leben in einer Öffentlichkeit, die von immer mehr einseitiger Meinungs-

mache geprägt ist. Auch die Entwicklungszusammenarbeit steht unter Legitimationszwang, weil die Narrative immer populistischer werden. Da müssen wir Gegendiskurse starkmachen – gerade als Frauen. Die Gewalt an Frauen ist auch in Deutschland massiv gestiegen, ebenso die Zahl an Femiziden. Da gilt es, Netzwerke zu bilden sowie auf internationaler Ebene Gruppen und Organisationen zu unterstützen.



Auch die Entwicklungszusammenarbeit steht unter Legitimationszwang, weil die Narrative immer populistischer werden

Was würden Sie aus Ihrer langjährigen Erfahrung heraus sagen: Inwieweit ist Entwicklungszusammenarbeit tatsächlich eher Solidarität statt Hilfe bzw. sollte es sein?

Staatliche Entwicklungszusammenarbeit ist sehr interessengeleitet, was jüngere Debatten über die Abschaffung des BMZ gezeigt haben. Dagegen bietet Solidarität eine Art Gegenparadigma.

Es ist wichtig, die anderen sprechen lassen und nicht das alte Modell „vom Norden in den Süden“ fortzuführen. Solidarität bedeutet in dem Zusammenhang, sich für eine Sache einzusetzen und ein gemeinsames Ziel vor Augen zu haben. Auch wenn wir als Menschen im Globalen Norden und Globalen Süden in verschiedenen Lebensverhältnissen leben, engagieren wir uns gemeinsam für eine gerechte und solidarische Welt. „Gemeinsam“ bedeutet: Es gibt nicht eine dominante Perspektive, sondern wir lassen unterschiedliche Analysen zu, akzeptieren die Forderungen der anderen und suchen gemeinsame Antworten. Es ist wichtig, diese Netzwerke von Solidaritäten zu stricken und die Stimmen von Organisationen aus dem Globalen Süden stärker hör- und vernehmbar werden zu lassen – und das nicht als bloße Hilfeempfänger:innen, sondern Akteure des Handels. Diese Welt können wir nur gemeinsam verändern. Wichtig ist die Frage: Was heißt denn



heute internationale Solidarität? Was heißt Universalismus? Ist es ein eurozentrisch-westlicher Universalismus? Oder ein pluraler Universalismus, der das Ziel einer gerechten Welt anstrebt, aus unterschiedlichen Erfahrungskontexten, Blickwinkeln, Analysen und Reflexionen auf die Welt?

Rechtspopulismus und nationales Denken nehmen in den vergangenen Jahren immer mehr zu. Welche Probleme solidarischer Zusammenarbeit gibt es in Zeiten von „We first“?

Der sich ausbreitende Populismus macht es immer schwieriger, Entwicklungszusammenarbeit in der breiten Bevölkerung zu rechtfertigen. Herrschende Narrative sprechen ihr immer mehr die Begründung ab. Dadurch geraten wir in einen Legitimationszwang. Das Motto „Wir bleiben bei unserem Wirtschafts- und Lebensmodell“ sorgt dafür, dass immer mehr Menschen „hinten runter fallen“. Wir sehen das am Beispiel der Digitalisierung: Ein paar Techkonzerne im Globalen Norden haben die Fäden in der Hand. Dadurch entsteht eine neue Wissens-, Energie- und Ressourcenhegemonie. Das „We first“ führt zu neuen geopolitischen Auseinandersetzungen. Schlussendlich wird es dadurch immer mehr Opfer und Verlierer:innen der Verhältnisse geben. Das ist in diesem Denken auch so gewollt, nach dem Motto: Wir vorne weg, und die, die wir nicht brauchen, bleiben zurück. Gegen diese meinungsmachenden Narrative und Diskurse gilt es, eine Gegenöffentlichkeit zu stärken – gegenwärtig ist das eine große Herausforderung, aber deshalb umso wichtiger.

Kritik an der Entwicklungszusammenarbeit besteht seitdem es die Entwicklungszusammenarbeit gibt. Momentan gibt es sie wieder verstärkt. Das Dilemma der asymmetrischen Verhältnisse, die Fragen nach einer nachhaltigen Umsetzung der Entwicklungszusammenarbeit und nach dem Empowerment als Ziel, sich aus Abhängigkeiten zu befreien – all diese Dinge sind nicht

so leicht zu erklären oder zu beantworten. Ein Beispiel für eine Widersprüchlichkeit: Der Globale Norden beutet im Bereich Bergbau Ressourcen und Bodenschätze aus, macht ganze Landstriche kaputt; anderseits unterstützen wir wieder Agroforst-Systeme und helfen den Menschen, ihre ursprüngliche Wirtschaft wiederherzustellen.

Christlich gewendet: Wie kann eine globale Geschwisterlichkeit im Sinn von Fratelli Tutti aussehen?

Fratelli Tutti macht die Idee einer Weltgemeinschaft und eines grenzüberschreitenden Miteinanders sehr stark. Die Rede von der Geschwisterlichkeit widerspricht den zurzeit vorherrschenden autoritären Politiken, die sich abschotten. Die Geschwisterlichkeit drückt aus: Wir sind eine Menschheitsfamilie. Dass unsere Zivilisation überleben kann, setzt voraus, dass wir in diesem gemeinsamen Haus der Erde geschwisterlich zusammenleben und Allianzen stricken. Letztere werden auch in Fratelli Tutti starkgemacht. Es braucht Allianzen interkultureller, interreligiöser, internationaler Art, um die sozial-ökologische Transformation zu ermöglichen. Ausgehend von christlichen Grundwerten wie Nächstenliebe gilt es, im Licht des Gleichnisses vom Barmherzigen Samariter auf diejenigen zu schauen, die den Räubern dieser Welt zum Opfer gefallen sind. Da müssen wir uns engagieren – aber nicht als eine paternalistische Caritas, sondern indem wir andere nicht als Bedrohung oder überflüssig wahrnehmen, sondern als Teil der einen Menschheitsfamilie, in der alle gleichermaßen das Recht haben, auf dieser Erde gut und gesund leben zu können. Wege zur Lösung vieler Krisen brauchen diesen ganzheitlichen Zugang, aber auch eine gemeinschaftliche Debatte, sie brauchen ein Miteinander.

Welche Best-Practice-Beispiele für eine „Zusammenarbeit auf Augenhöhe“ bei Missionen können sie nennen? Wie wird der inflationär gebrauchte Ausdruck „Hilfe zur

Selbsthilfe“ in der Entwicklungszusammenarbeit konkret umgesetzt?

Im Kontext kirchlicher Entwicklungszusammenarbeit habe ich viel zu tun mit Partnerorganisationen, die an gleichen Themen arbeiten. Beispielsweise beschäftigen sich mit dem Thema Bergbau in Lateinamerika und Rohstoffausbeutung neben uns auch lokale Organisationen. Wir stellen Zusammenhänge her und versuchen, politisch Einfluss zu nehmen, etwa durch Rohstoffabkommen. Dadurch ist beim Thema Rohstoffgerechtigkeit schon einiges vorangebracht worden. Wichtig ist, die Anliegen der Partnerorganisationen, die sie an uns zu stellen, zu formulieren. Dabei gilt es, unsere imperiale Produktions- und Lebensweise infragezustellen und Hebel zu suchen, mit denen wir Veränderungen anstoßen können.

Wir machen sehr viel Lobbyarbeit für das immer wieder genannte Lieferkettengesetz. Das ist uns ein ganz starkes Anliegen. Wir setzen uns ein für Gewerkschaftsrechte in lateinamerikanischen Ländern. Das ist Best practice im Sinne von: Wir stülpen nicht anderen unseren Maßnahmenkatalog über, sondern versuchen, ihre Anliegen aufzugreifen, sie sprechen zu lassen, um das Gesagte an den entsprechenden Stellen einzubringen.

In Ecuador und Venezuela unterstützen wir Menschenrechtsorganisationen und versuchen, mit Hilfe der EU und anderer Netzwerkorganisationen Dinge voranzubringen. Wir greifen Themen auf; das ist etwas anderes, als Spenden zu sammeln, damit ein Bauer sich ein paar mehr Hühner leisten kann – um es plakativ zu formulieren. Spendenakquise machen wir natürlich auch; aber in vielen Projekten bringen wir die strukturelle Frage ins Spiel und treten in den gleichberechtigten Dialog, um Anliegen der Partner zu Bergbau, Ressourcengerechtigkeit und sozial-ökologischer Transformation einzubringen. Zu letzterem gab es vor kurzem eine Arbeitsgruppe mit Partnern aus dem Globalen Süden. Da ging es um Fragen wie:

Was erwarten die anderen? Was heißt für sie sozial-ökologische Transformation? Was ist Ihre Forderung an uns? In unserem letzten Strategieprozess haben wir mit unseren Partnern eruiert: Wie stellt ihr euch Misereor 2027 vor? Was sind die Themen? Das ist Best practice ohne Wenn und Aber.

Ein anderes Beispiel, bei dem es um die Ermächtigung von Menschen vor Ort geht, sind die eben schon erwähnten Agroforst-Projekte. Damit unterstützen wir Menschen, die eine an die Gegebenheiten angepasste Landwirtschaft betreiben – so wie es ursprünglich auch getan wurde – und keine auf Massenproduktion ausgerichtete Monokultur.

Was muss sich ändern? Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Ich wünsche mir, dass Ungleichheiten überwunden werden. Die „Dekolonialisierung der Entwicklungszusammenarbeit“ ist nicht nur ein schönes Narrativ. Die anderen müssen als Gesprächspartner wahrgenommen werden – auch auf politischer Ebene. Die Asymmetrien ungleicher Machtverhältnisse von Geld und politischem Einfluss gilt es zu durchbrechen. Dazu bedarf es natürlich, die weiterhin existierenden unbewussten Rassismen und neokolonialen Bildern, die strukturell verankert sind, zu dekonstruieren und zu überwinden. Tatsächlich ist also ein

## ZUR INTERVIEWPARTNERIN

Sandra Lassak, geb. 1975, Dr., ist Theologin und seit 2020 Referentin für theologische Grundfragen in der Entwicklungszusammenarbeit bei Misereor. Davor war sie sieben Jahre in der Entwicklungszusammenarbeit in Peru und zehn Jahre in der entwicklungspolitischen Bildungs- und internationalen Solidaritätsarbeit in Deutschland tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Fragen sozialer und ökologischer Gerechtigkeit, Genderthemen und feministischer Theologie im internationalen Kontext sowie die Bedeutung von Religion und Spiritualität in politischen Prozessen. Veröffentlichungen: zus. mit. Gmainer-Pranzl, Franz/Weiler, Birgit (Hg.): Theologie der Befreiung heute. Herausforderungen – Transformationen – Impulse, Innsbruck – Wien 2017; Von einer Theologie des Extraktivismus zu einer befreienden feministischen Theologie ökologischer Verantwortung, in: Peters, Stefan/Roland, Eleonora/Kaltmeier, Olaf/Burchardt, Hans-Jürgen/Schnepel, Christina (Hg.): Krisenklima. Umweltkonflikte aus lateinamerikanischer Perspektive, Baden-Baden 2021, 147–167; (Geschlechter-) Diversität als notwendiger Beitrag zu weltkirchlicher Veränderung. Feministisch-interkulturelle Überlegungen aus dem Süden, in: Laubach, Thomas/Wahl, Stefanie (Hrsg.), Gott schuf den Mensch als Mann und Frau ...? Gender und Theologie, Bamberger Theologisches Forum Bd. 18, Berlin 2019, 145–164.

epistemologischer Paradigmenwechsel notwendig: Wir brauchen ein anderes Mensch-Natur-Verhältnis, wir brau-



Ich wünsche mir eine solidarische Weltgemeinschaft, in der wir uns einer globalen Solidarität verpflichtet wissen, die dekolonial, ökologisch und feministisch ist

chen veränderte Beziehungen zwischen Menschen, zwischen Geschlechtern. Uns muss klarwerden: Wir können das

Leben auf dieser Erde nur garantieren, wenn wir diese Machtasymmetrien – das „Herrschen über“ – durchbrechen und das Gefühl der Welt- und Lebensgemeinschaft als Menschen in Verbindung mit dem Planeten begreifen lernen. Ich wünsche mir, dass daraus dann eine solidarische Weltgemeinschaft entsteht und wir uns einer globalen Solidarität verpflichtet wissen, die dekolonial, ökologisch und feministisch ist.

*Das Interview führte  
Claudia Schwarz, Münster*

